

Der Saale vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellung
geschl. Bestellungen werden von allen
Steinbehalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungsdienst
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
für unvollständig eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Quittungsangabe:
„Saale-Zg.“ gefaltet.
Redaktion der Zeitung Nr. 2535; der
Beilage Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176;
Redaktionsadresse (Markt 1) Nr. 2565.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 20 Pf., falls aus dem mit
20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unten Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Reflektieren die Seite 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
Schriftleitung und Druck-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Braunsstraße 17;
Abendgeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 83.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 18. Februar

1905.

Politische Wochenchau.

Der Reichstag widmete seine ganze Arbeitskraft in der
letzten Woche dem Handelsvertragswerk Podawowsky's. Er
überwies die Verträge nach eingehender Debatte an eine
Kommission von 28 Mitgliedern, die unter dem Vorsteher des
Zentrumsführers Dr. Spahn nach dreitägiger Beratung
sämtliche Verträge annahm. Eine Folge der durch die Dauer
der Beratung eingetretenen Verzögerung war, daß die Ver-
träge nicht, wie der Reichstag ursprünglich hatte, am
15. Februar 1906 in Kraft treten können. Jetzt gibt man
als Anfangstermin der neuen Verträge den 1. März 1906 an.
Es müßten also die Ratifikationsurkunden vor dem
7. März 1906 ausgetauscht werden. Eine Reihe von
politischen und wirtschaftlichen Korrespondenten haben zu dem
Vertragswerk im Laufe dieser Woche Stellung. Zunächst
der Parteitag der Reichstags-Delegation, der sich für
sämtliche Ablehnung aussprach. Dagegen empfahlen der Bund
der Landwirte, der Deutsche Handelstag und der Bund der
Industriellen die Annahme der Verträge. Im Reichstag
wurde eine ganz überwiegende Mehrheit ein zustimmendes
Beschluss abgeben, jedoch die wirtschaftliche Zukunft des
deutschen Reiches keinen Erschütterungen ausgesetzt werden,
sondern sich in ruhigen und vertragsmäßigen Bahnen be-
wegen wird.

Die Arbeiten der Budgetkommission wandten sich der
Beratung des Marineetats zu. Dabei wurde offensichtlich,
was schon längst kein Geheimnis in eingetragenen Kreisen
mehr war, daß die Agitation des deutschen Flottenvereins
von der Regierung als lästig empfunden wird. Staats-
sekretär von Tirpitz schüttelte die Flottenenthusiasten von
seiner Größe vom Zentrum und der freisinnigen Arbeit
hielten mit ihrem Laide gegenüber der maßlosen Flotten-
agitation nicht zurück. Einer der Herren meinte, der
Flottenverein sei eben so gemeinheitsförmlich wie der Bund der
Landwirte. Das ist eine heucheliche Meinung. Aber wer
nicht die Schuld an dem Uebelthäter? Erst verhätschelt
man die Flottenfreunde, zieht man den Enthusiasmus groß-
sprecher vorzutragen man die eigene Arbeit. Die vier Haupt-
blätter finden es nach Möglichkeit zu dankbar, alles
das ob sie gar nicht gemeint wären. Sie unterdrücken
um Teil die über die Gemeinheitsförmlichkeit der
Flottenagitation gehaltenen Äußerungen. Doch wird die
Ansprache in der Budgetkommission gewiß wohlwollende
Folgen haben. Uebrigens sind die von Tirpitz für den
Herbst in Aussicht gestellten Marineverträge gar nicht
gering zu veranschlagen. Der Staatssekretär erklärte, daß
die Zahl der geforderten Schlagschiffe jedes große und
neben kleine Kreuzer getragen werde, und führte weiter aus,
daß man sieben neue Torpedobootdivisionen bauen werde.
Es scheint möglich, uns schon jetzt mit diesen Zukunftsplänen
zu befaßen. Die Budgetkommission nahm zur Kenntnis,
daß eine Umwandlung künftighin in eine Fregatte, die viele
Millionen kosten würde, nicht beabsichtigt ist, und bewilligte
die der Ausführung des Flottengesetzes entsprechende Stellen-
vermehrung.

Im Abgeordnetenhaus fand zunächst der Etat des Han-
delsministeriums Annahme. Von den zahlreichen beachtens-
werten Anregungen, die bei dieser Gelegenheit vorgebracht
wurden, verdient diejenige in Sachen der kommunalen
Rechtsberatungsstellen besonders Aufmerksamkeit zu werden.
Die Hauptfrage auf diesem Gebiete fällt den Kommunalen
selbst zu, wie Minister Wolter bekundet. Erst jüngst ist seitens
der Regierung den Städten die Errichtung von Rechtsanwalts-
stellen für Minderbezirke" nahegelegt worden. Auch
gemeinnützige Vereine haben hier ein reiches Feld der
Tätigkeit vor sich; ein Beispiel der derzeitigen Gründung
wurde zur Zeit in Leipzig gegeben. Dort wird durch einen
privaten Verein eine solche Anwaltsstelle in Verbindung
mit dem Central-Arbeitsnachweis geschaffen. Die Hilfe der
Rechtsanwaltsstelle soll unter Ausschluß jeder Verantwort-
lichkeit dargeboten werden: a) in Sachen der sozial-
politischen und gewerblichen Gesetzgebung (Krankens-, Unfall-,
Arbeitslosen- und Altersversicherung, Handwerker- und
Arbeitsvertragsgesetzgebung), b) in allen auf die öffentliche
Rechtsstellung der Rechtsuchenden bezüglichen Fragen
Polizei-, Schul-, Militär-, Steuer-, Penitentiars-,
Armen- und Unterhaltungsangelegenheiten, c) in Dienstvertrags-
und Miethvertragsangelegenheiten, d) in Dienstvertrags-
und Miethvertragsangelegenheiten. Die mündliche Auskunft soll gratis
erteilt werden und die schriftliche gegen Kostentragung.
Die Regierung hat nur die bescheidene Summe von 30.000 M.
in den Etat zur Subvention derartiger Institute eingestellt.
Offensichtlich werden die Kommunen sich der Förderung dieser
gemeinnützigen Bestrebungen mit Verdruß annehmen.
Die Frage der weiblichen Gewerbe-Inspektion ist, wie die
Regierung mitteilt, noch in dem Stadium des Verlaufs be-
griffen. Die Frage der Heranziehung von Arbeitern zur
Gewerbe-Inspektion ist allerdings noch nicht spruchreif.
Bei der Beratung des Vertrags kündigte der Minister
das Geleg über die Entlassung der Induzierten, die Verg-
leichsprobe und den Entwurf über die Abänderung des
Anpassungswesens für Mitte bzw. Ende nächster Woche
an. Das lange wahr, wird endlich gut. Offensichtlich be-
währt sich das Sprichwort auch auf diesem Gebiete. Bei
der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern
wurden lebhaft Klagen über die Verdrängung der Selbst-
verwaltung der Landgemeinden in der Rheinprovinz vor-
gebracht; Oberpräsident Reiss habe in einem Falle einen
Landbürgermeister eingekerkert, ohne den Kreisrat davon zu
fragen. Der Minister erklärte die Entgegung des betreffenden

Landbürgermeisters als eine nur vorläufige. In die Rechte
der Selbstverwaltung werde nicht eingegriffen werden. Auch
über das alleinig beehrte Automobillgesetz wurde viel
geredet. Die Zentrumsherren brachten wieder ihre
Paritätsklagen zum Vorschein. Der Minister brachte
sie damit zum Schweigen, daß er ihnen vorstelle, daß
es bei 7/4 Proz. fauloblicher Anleihen 14,14 Proz.
staatliche Anleihe gibt. In der Tat liegt hierin eine solche
starke Verzerrung des tatsächlichen Elements, daß man
über die Parität kaum noch mit der immer
wieder die alten Klagen vorgebracht werden. Nicht in
Garnisch geriet am Donnerstag der konservativen Ab-
geordnete v. Brandenstein, als der Abg. Herold vom Zentrum
das Korpsverweilen einer Kräfte unterworfen hatte. Er lag
gründlich vom Leber. Aber hatte es ihm der unformal-
mäßige Stoff angetan, von dem er andauernd einen Schud
zur Stärkung nahm, oder war er fählich auf dem Höhe-
gleichwohl, der muttere Feder machte den Zustand seiner
inneren Wasserfart auf Bergwegen. Offensichtlich wird
er bei einer Wiederholung seines Auftritts einen trübenden
Stoff auf der Tribüne vorfinden, damit ihn die löbliche
Befolgung der Bestimmung des urkomischen § 11 heiterer
stimmt als letzten Donnerstag.

Rottenburg soll gemahnt werden. Wenigstens sind Er-
wägungen darüber im Gange. Das hätte nun gerade noch
gefehlt! Dadurch würde das Ministerium Studt sich einen
Grad von Nützlichkeit erwerben, daß eine weitere Steigerung
wohl kaum noch möglich wäre. Es ist das Recht jedes
Menschen, — und mag er auch ein noch so hoch gestellter
Beamter sein, er wird sich gleich wohl dieses Recht nicht
nehmen lassen — den Notleidenden zu helfen. Wenn so
etwas im Ministerium des „Geistes“ geschieht, wie muß es
dann erst in anderen Ressorts aussehen. Da kann man
nahezu sagen, die Landtagsmehrheit hat wirklich die Regie-
rung, die sie verdient.

In Kundgebungen zur akademischen Freiheit sind im Laufe
der Woche eine ganze Reihe ergangen. Das wichtigste Ere-
ignis war die Antwortrede des Kaisers auf die Ver-
grüßungsadresse der Hannoverischen Akademiker-Verammlung.
Die akademische Freiheit ist ernstlich nicht gefährdet. Der
Kaiser telegraphierte, man brauche sich keine Sorgen
Sorge hinzubringen. Damit ist das lebende Wort gesprochen
und das Bureaukratismus des Ministeriums gestrichelt, das
nirgend freie Regungen eines eigenen Seelenlebens dulden
möchte und alles vorherbestimmt, wozu es nicht Ja und Amen
gelagt hat oder sagen kann.

Im Nordrevier ist der Frieden wieder eingelehrt. Schien
es anfänglich, als sollten die Arbeiter Abregelungen aus-
gesetzt werden, so haben sich die Forderungen allmählich
eines Besseren besonnen und tragen nun durch Spenden
und Vorhülle selbst zur Beilegung der Notlage der
Arbeiter bei. Es scheint, daß nun nach Beendigung des
Streiks die Stimmung in konservativen Kreisen, dem
preussischen Vergelege beizupflichten, bedenklich wieder
abflaut. Ganz offensichtlich trat die Opposition der Kon-
servativen gegen die Vergelegenheit in der Versammlung
der Steuer- und Wirtschaftsreformer hervor, in der das
Herrenhausmitglied Freiherr v. Wanteuffel die Regierung
erwähnte, nicht dem Gesetz der sogenannten öffentlichen
Meinung nachgebend, die Autorität der Forderungsbücher
zu untergraben. Die „Sächsische Zeitung“ akkompagnierte diesen
Angriff mit einem Artikel unter der Ueberschrift „Charakter-
schwäche“. Dem Bürgerum wirft das genannte Blatt dabei
vor, es habe „ganz unfruchtlich und ungerecht in demagogi-
scher Popularitätsdahlerei“ gegen die Vergewaltiger Partei
ergriffen. Die „Sächsische Zg.“ schreibt weiter:

„Angesichts der jetzt nach und nach an die Öffentlichkeit ge-
langenen Unterredungen über das Problem, sich die Dinge in
ganz anderem Lichte aus. Aber das „Nutzgesetz“ soll trotzdem
säkularisiert gemacht werden, weil man es nun einmal unter dem
Drucke einer nervös erregten „öffentlichen Meinung“ verurtheilt
hat. Das ist nicht mehr nur Gelegenheits-, das ist Populär-
gesetzmacherei. Eine Methode von wahrhaft verbannter
Tugend! Wir denken, der Landtag wird sich ihr gegen-
über seiner Pflicht bewußt sein.“ Da sieht man also, daß
der Regierung unmöglich gemacht werden soll, ihr Wort
einzulösen. Das Sachverhalte erhebt sich, Gott sei
Dank, wird es der Regierung möglich sein, wenn sie auf
dem Gebiete der preussischen Gesetzgebung Schiffbruch mit
ihren Plänen leiden sollte, den Weg der Reichsgesetzgebung
zu betreten. Ebenso wie im Nordrevier ist auch in Schlesien
jetzt die Arbeit allerorts wieder aufgenommen. Nur der
Generalstreik in Belgien dauert noch an, wird aber schwe-
lich lange Zeit dauern können.

Aus Südwestafrika sind einige unwesentliche Meldungen
eingetroffen, die über die Verfolgung der flüchtigen Neger-
stämme berichten. Den Brennpunkt des Interesses bildet
die Frage von Trobas Heimkehr. Er soll angeblich nach
Hause kommen, um gegen die
Dramas zu kämpfen. Aber in Wirklichkeit scheint er
antemünde zu sein, weil er in der Frage der
Ausführung der Negerabenden nicht seinen Willen hat
durchsetzen können. Die Frage der Neubewegung des
Gouvernements ist auch immer noch in der Schwebe.
General v. Inderhuf besteht darauf, zugleich oberster
Truppenbefehlshaber in den Kolonien zu sein, und das mit
Recht. Eine Autorität ohne Macht ist keine Autorität. Es
muß sich bald zeigen, ob er imstande ist, den ihm von
militärischer Seite bereiteten Hindernissen erfolgreich zu
beugen oder nicht. Wie furchtbar die Strapazen in
Südwestafrika sind, lehren wieder einige neu eingetroffene
militärische Berichte, die den grauenvollen Kampf mit dem Dur-
stidiblen, dem Menschen und Tiere in Südwestafrika erliegen.

Die Verteidigung Adolf von Menzels, die Verlobung des
Herzogs Karl Eouard von Sachsen-Coburg-Gotha
und die Entthüllung des Goltgn-Denkmals waren Ere-
ignisse im Leben der Berliner Hofgesellschaft, die kaleido-
skopisch aufeinander folgten. Somit verdient noch die Be-
sprechung des Domänenprelats in Gotha, heutige endgültiger
Büchricht, das Ergeben der Reichstagswahl in Hof und die
Veränderung des Bundes der Handwerker mit der Mittel-
standsparität Erwähnung. In Hof haben die Agrarier eine
große Enttäufung erlebt; es wird nicht die letzte sein.
Denn jetzt nach Abnahme der agrarischen Handelsverträge
wird die Opposition gegen das Bündnisregime immer stärker
zunehmen. Eins der wichtigsten Ereignisse war ferner
die Friedens-Kundgebung, die durch Sir Thomas
Barclays Erscheinen an dem deutigen Handelsstage
eingeleitet wurde. Barclays geht und gehaltvolle Rede
wurde von der berufenen Vertretung der deutschen Kauf-
mannschaft mit förmlichem Beifall aufgenommen. Es ist
genau, daß nicht viel Mühe dazu gehört, um eine Ver-
söhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Eng-
land anzubahnen und aufrechtzuerhalten, eins aber gehört
ganz gewiß dazu, recht viel guter Wille, recht viel Liebe auf
beiden Seiten. Möchte Barclay beitragen, dieses fehlende
Motiv auch in England und dem Voben zu schaffen.

Konstanz wurde am Sonntag von Kaiser Franz Josef in
Wien empfangen. Er machte es der Krone sehr leicht, ihm die
Audienz zu erteilen und der Kaiser unterließ sich mit ihm
3/4 Stunden lang. Durch sein diplomatisches Vorgehen hat
er erreicht, daß der Kaiser in allen Fragen, außer der mili-
tärlichen, Konfessionen machen wird. Das neue Kabinett ist
noch nicht gebildet. Gleichwohl hat die ungarische Reichs-
tagssatzung begonnen. In Oesterreich hielt Minister Gausch
eine bemerkenswerte Rede, in der er den Grundfals pro-
klamirte, daß Oesterreich vorderhand am 1807 er Aus-
gleich festhalten werde. Die deutschen Volksparteien brachten
gleichwohl einen Antrag ein, Oesterreich möge auf eine Per-
sonalunion hinarbeiten und einen eigenen Zolltarif gegen
Ungarn errichten. Oesterreich rüfkt sich, um die über die
Monarchie durch Konstitus Sieg heraufbeschworene Krise
ohne Schaden zu bestehen. Die Dinge sind erst im Beginn
der Entwicklung; niemand sieht und kann wissen, wie sie
enden.

Nicht geringe Aufmerksamkeit rief eine Kundgebung des
Königs von Italien hervor, die sich auf die Errichtung
eines internationalen landwirtschaftlichen Ausstellungsinstituts
bezieht. Der Verrückung des Planes stehen erhebliche
Schwierigkeiten entgegen. Man muß erst die Aufgaben, die
nur flüchtig skizziert erschienen, scharf umgrenzen können,
ehe man weiß, ob die Idee des Königs praktisch aus-
führbar ist oder nicht.

Die Eröffnung des englischen Parlaments gab den eng-
lischen Liberalen Gelegenheit zu einem Verzicht, Balfours
Kabinett zu stürzen. Der Angriff blieb indessen fehl. Doch
wird sich Balfour nicht mehr allzulange am Ruder erhalten
können. Die immer dringender werdende Entscheidung in
der Fiskalfrage wird dem Ministerium über kurz oder lang
ein Ende bereiten. Auch die Rede Bess kam im englischen
Parlament zur Sprache. Man hat sich in Deutschland so
sehr daran gewöhnt, schon bloßes Neden für etwas
Außerordentliches zu halten, daß man fast den Unterschied
zwischen Neden und Taten nicht mehr erkennen kann. Jetzt
sollte man die Affen über Lees Entgegnung endgültig
schließen. In manden deutschen Flotten- und Kontral-
vereinen ist oft noch kraures Zeug geredet worden als
das, was der obere Kanzler vorträgt.

In Serbien ist die Entscheidung über die Geschick-
lichkeitsfrage noch nicht gefallen. Die Türkei hat sich
trotz der französischen Drohungen für die Geschicklichkeits-
entscheidung in Deutschland entschieden. In Frankreich haben
die Nationalisten den gegen Combes geführten Feldzug auch
gegen Rouvier eröffnet. Sie verlangen die Bestrafung des
Deutschen Verein, den angeblichen geistigen Veranlasser des
Ausstufungsbewusstseins. Der merkwürdige Combes' Ein-
gesehen zurückzuführen. Auch nach links hat dem Kabinett
den blühlichen leidenschaftlichen daß der Nechten ein-
getragen. Der neue französische Kolonialkandidat zeigt,
zu welchen Grausamkeiten im 20. Jahrhundert die Menschen
trotz aller Kultur und Zivilisation fähig sind.

Im Ausland hat sich die Lage im Innern wie im Außern
nun nicht verbessert. Das furchtbare Attentat gegen den
Großfürsten Sergius deutet die inneren Krankheiten des
russischen Reiches auf und zeigt wie sehr dieses Land
leidet. Jetzt soll der Semski Sjobor einberufen
werden, um über Krieg und Frieden zu beschließen und
den Jaren von der Verantwortung, als Besiegter Frieden
geschloffen zu haben, zu entlasten. Die Schlacht am Schabo
dauert inzwischen noch fort. Die Mission des preussigen
Prinzen Friedrich Leopold, der Aufnahmestalt des Fürsten
Ferdinand von Bulgarien am Berliner und an dem mit dem
russischen Hofe in steter Fühlung stehenden Schwermier Gofe,
Kien soniger hochgeleiteter Persönlichkeiten, ausgehend-
liche englische Kabinetsratsungen usw. lassen auf eine
rege Tätigkeit in der diplomatischen Welt schließen, und
legen die Vermutung nahe, daß der Friede bevorsteht.
Desshalb zeigt es indes, daß an Frieden nicht zu denken ist.
Auch an Krieg war angeblich nicht zu denken und der Krieg
fast doch. Vielleicht ist es jetzt eben und zwar obwohl das
dritte Schidwader toeben in See geht. Der Krieg wird ver-
mutlich nicht mehr so lange dauern, daß das Schidwader
Zeit hätte, auf dem ostafrikanischen Kriegsschauplatz in Aktion
zu treten. Der Unwille des russigen Volkes der sich in
Attentaten Luft macht wie dem gegen Sergius, wird dem
Kriege gewiß mit der Zeit ein Ende bereiten.

